



## Auszug aus der Niederschrift

Gremium: Rat  
Sitzungstermin: 06.09.2018

öffentlich

**9. Anregung gem. § 24 GO NRW zur Seenotrettung von Flüchtlingen/Paderborn als sicherer Hafen für Notleidende 0263/18**

Der Einsender erläutert seine Anregung und stellt fest, dass er sich dem Antrag der Linksfraktion/Offene Liste inhaltlich vollumfänglich anschließe. Paderborn sei eine christlich geprägte Stadt. Der Kern christlichen Handelns sei die Mitmenschlichkeit. Auch die Menschenrechte verpflichteten zu solidarischem Handeln. Er geht auf die aktuelle Situation im Mittelmeer und in den Lagern in Libyen ein. Er stellt fest, dass Seenotrettung nicht kriminalisiert werden dürfe. Flüchtlinge sollten in Paderborn einen sicheren Hafen finden. Es sei unübersehbar ein Handlungsbedarf gegeben.

Auch RF Tebbe geht auf die aktuelle Situation im Mittelmeer ein. Die Politik der Mittelmeerstaaten bedrohe nicht nur die Flüchtlinge, sondern setze auch die eigene Humanität und Würde aufs Spiel. Ferner zerstöre sie den Kern der europäischen Idee mit ihrer Basis aus Humanismus und Menschenrechten. Der Sachstandsbericht sei eingefordert worden aufgrund der Aussagen von Bgm. Dreier zu einer Prüfung der Initiativen der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Bielefeld. Im Folgenden erläutert sie die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Man wolle, dass die Stadt Paderborn initiativ werde, einen Teil der aus Seenot geretteten Flüchtlinge aufzunehmen. Dies solle durch konkretes Verwaltungshandeln umgesetzt werden.

RH Borgmeier legt dar, dass bislang niemals angezweifelt worden sei, dass Ertrinkende zu retten seien. Derzeit sei eine andere Praxis erlebbar, um eine Abschreckung zu bewirken und andere Staaten unter Druck zu setzen. Da man diesen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen könne, habe man sich die Frage gestellt, welche Hilfen vor Ort möglich seien. Deshalb habe man den Vorschlag unterbreitet, sich der Initiative der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Bielefeld anzuschließen. Es handele sich hierbei um eine humanitäre Geste, nicht um eine parteipolitische Angelegenheit. Auf kommunaler Ebene könne so ein wichtiges Signal gesetzt werden. Es sei wünschenswert, wenn weitere Kommunen diesem Beispiel folgten und hieraus eine kommunale Bewegung entstehe. Er hoffe auf die Unterstützung des Bürgermeisters.

Bgm. Dreier nimmt zusammenfassend wie folgt Stellung:

1. Die Stadt Paderborn sei immer und besonders in den letzten Jahren seit 2015 ihren Aufnahmeverpflichtungen von geflüchteten Menschen mit Asylbegehren nachgekommen und werde auch in Zukunft ihren Pflichten bei der Aufnahme von Asylbewerbern selbstverständlich nachkommen. Derzeit lebten in Paderborn 3.630 Geflüchtete. Auch aktuell sei die Stadt aufnahmebereit und halte dafür nach derzeitigen Planungen mittelfristig, nach dem Abbau vorhandener Kapazitäten, ab 2019 noch ca. 250 Plätze in den Übergangwohnheimen in Reserve.

2. Mit der Koordinierungsstelle für Flüchtlingsangelegenheiten habe die Stadt ein enges Netzwerk an Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen aufgebaut, das auch heute und weiterhin in der Begleitung der Geflüchteten und bei deren gesellschaftlicher Integration umfassend tätig sei. Denn die humanitären Zielsetzungen würden aus Sicht der Stadt nicht in der Aufnahme im Übergangwohnheim als erfüllt gelten, sondern fänden bei den Menschen, die auf Dauer in der Stadt lebten, ihre Fortsetzung, vor allem bei deren Integration in die Stadtgesellschaft.
3. Die Aufnahme von Geflüchteten geschehe nach gesetzlichen Regelungen. Zuständig bei der Aufnahme aus humanitären Gründen sei gemäß §§ 22 / 23 Aufenthaltsgesetz der Bund bzw. das jeweilige Bundesland. Alle Asylbewerber würden entsprechend dem so genannten Königssteiner-Schlüssel den Bundesländern (NRW ca. 22 %) und von dort in unserem Fall durch die Bezirksregierung Arnsberg den Kommunen (Paderborn 0,82 %) weiter zugewiesen. Dies geschehe aktuell unabhängig von etwaigen positiven oder negativen Erklärungen der jeweiligen Kommune, da es sich hier um eine gesetzliche kommunale Pflichtaufgabe handele.
4. Eine kommunale Entscheidungskompetenz sei in diesem Verfahren nicht vorgesehen.

Fazit:

Die Entscheidung über die Aufnahme von Flüchtlingen werde auf Europa-, Bundes- und Landesebene getroffen. Die sich daran anschließenden Aufgaben bezüglich der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen habe die Stadt Paderborn engagiert und mit Überzeugung sowie mit großer Unterstützung durch das Ehrenamt umgesetzt und werde dies auch weiterhin tun.

Die Stadt kümmere sich also um die Aufgaben, für die sie zuständig sei, und das mache sie gut!

Für den beantragten Beschluss sehe er derzeit auf dieser Grundlage keine Zuständigkeit der Stadt Paderborn.

Aus diesem Grund empfehle er dem Rat, den Beschlussvorschlag der Linksfraktion heute abzulehnen.

Stv. Bgm. Pantke führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der Linksfraktion/Offene Liste zustimmen werde. Der Antrag müsse in einem ethischen und politischen Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Kapitäne von Schiffen seien verpflichtet, Flüchtlinge in Seenot zu retten. Die betroffenen Staaten seien verpflichtet, diesen Menschen Zugang zu geordneten Asylverfahren zu verschaffen und für einen möglichst kurzen Aufenthalt auf den Schiffen zu sorgen. Von Paderborner Bürgerinnen und Bürgern sei in den vergangenen Jahren vielen Menschen geholfen worden. Mit dem freiwilligen Angebot zusätzlicher Hilfe werde ein Zeichen gesetzt. So könne deutlich gemacht werden, dass Paderborn ein sicherer Ort für Flüchtlinge sei. Auch könne herausgestellt werden, was es bedeute, Verantwortung zu übernehmen. Ebenso stelle man sich gegen die Entwicklungen in der Gesellschaft, die derzeit im Umgang mit der Aufnahme von Flüchtlingen und einer zunehmend ablehnenden Haltung erkennbar seien.

RH Budde legt dar, dass die über die Medien publizierten Schicksale jedermann nahegingen. Es sei jedoch wichtig, sich nicht allein von diesen Emotionen leiten zu lassen. Mit dem Antrag solle ein politisches Symbol gesetzt werden. Ein Brief an die Bundeskanzlerin erübrige sich, da sie in Fragen der Flüchtlingspolitik sehr verantwortungsvoll agiere. Er geht auf den Königssteiner-Schlüssel ein, mit dem eine gerechte, faire und nachhaltige Verteilung von Flüchtlingen auf die Bundesländer und Kommunen erfolge. Ein Abweichen von diesem

Schlüssel wäre ein falsches Signal. Die Stadt Paderborn erfülle gemeinsam mit den vielen ehrenamtlich Tätigen ihre Aufgaben sehr verantwortungsbewusst und engagiert. Die CDU-Fraktion lehne den vorliegenden Antrag ab.

RF Demir führt aus, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Linksfraktion/Offene Liste unterstütze. Es wäre zu begrüßen, wenn der Rat heute solidarisch ein Zeichen setzen und ein entsprechender Brief an die Bundeskanzlerin auf den Weg gegeben würde.

RF Tebbe stellt fest, dass es aufgrund der guten Strukturen mit dem Einsatz der Ehrenamtlichen in der Stadt möglich sei, über die Quote hinaus freiwillig weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Bei einer nüchternen Analyse der Situation im Mittelmeerraum sei festzustellen, dass Humanität verloren gehe. Es müsse geprüft werden, welche Personenkreise noch in der Stadt aufgenommen werden könnten, um ein konkretes Handeln anzuschließen.

RH Knaup macht deutlich, dass es für die betroffenen Länder in Afrika tragisch sei, dass sie durch die Verlockungen eines vermeintlich besseren Lebens in Europa ihre jungen Menschen verlören. Diesen falschen Hoffnungen folgend lebten diese Menschen in den Ankunftsländern am Rande der Gesellschaft. Er geht darauf ein, dass überall der Widerstand wachse. Die Fraktion LKR sei bereit, der Realität ins Auge zu sehen und spreche sich gegen kommunale Alleingänge für die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen aus. Notwendig sei ein Einwanderungsgesetz, das viele Migrationswillige vor falschen Hoffnungen schütze. Vor diesem Hintergrund lehne die Fraktion LKR den vorliegenden Antrag ab.

RH Hüttemann geht auf die Aussagen der Bürgermeister der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Bielefeld ein, die mehr Flüchtlinge aufnehmen wollten. Ihm fehle in den vorliegenden Anträgen ein konkretes Anliegen, wie z. B. eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen in der Stadt Paderborn zusätzlich aufzunehmen. Ferner geht er auf die geänderte Politik der neuen italienischen Regierung ein, die sich nicht mehr an die bestehenden Konventionen halte. Das Problem sei nicht in Paderborn mit einer Resolution zu lösen. In der Stadt Paderborn sollten die Aufgaben erledigt werden, zu deren Erledigung die Stadt gesetzlich verpflichtet sei. Die Fraktion FBI Freie Wähler werde dieser unkonkreten Antragstellung nicht zustimmen.

RH Dr. Schröder stellt fest, dass es um die Aufnahme von Männern, Frauen und Kindern gehe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwarte eine Aussage, was die Stadt Paderborn zusätzlich zu leisten in der Lage sei. Die Anträge müssten durch den Rat konkreter formuliert werden.

Für RH Borgmeier ist der Antrag der Linksfraktion/Offene Liste konkret genug formuliert. Er beinhalte den Auftrag an den Bürgermeister, sich mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin zu wenden. Da seitens der Stadt Paderborn die Quote nach dem Königssteiner-Schlüssel nicht erfüllt sei, könnten in diesem Rahmen und ggf. darüber hinaus aus Seenot gerettete Flüchtlinge durch die Stadt Paderborn aufgenommen werden. Es sei notwendig, auf die geänderte Situation zu reagieren. Es bestehe die Möglichkeit, formal zu argumentieren, oder in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas so zu handeln, wie es andere Bürgermeister in NRW bereits getan hätten. Mit der Beschlussfassung über den Antrag solle ein politisches Signal gesetzt werden.

RH Dr. Schröder zeigt sich irritiert über die Erläuterung des Antrages der Linksfraktion/Offene Liste durch RH Borgmeier, wonach lediglich im Rahmen der bislang nicht erfüllten Quote weitere Flüchtlinge aufgenommen werden sollen.

Stv. Bgm. Pantke stellt fest, dass für jedermann klar sei, dass die Kommunen das Gesamtproblem der Migration nicht lösen könnten. Die Kommunen hätten jedoch in der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Bgm. Dreier macht deutlich, dass die Stadt Paderborn ihren Verpflichtungen nachkommen werde. Bei einer Zuweisung von aus Seenot geretteten Flüchtlingen würden diese durch die Stadt Paderborn aufgenommen und integriert werden.

Nunmehr lässt Bgm. Dreier über den Antrag der Linksfraktion/Offene Liste (A0142/18) abstimmen.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 22 Gegenstimmen:

Der Antrag der Linksfraktion/Offene Liste

„Der Rat der Stadt Paderborn schließt sich der Initiative der Bürgermeister der Rheinstädte Köln, Düsseldorf und Bonn sowie Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen an und bietet die zusätzliche Aufnahme von in Seenot geratenen Geflüchteten an. Bürgermeister Dreier wird beauftragt, sich mit einem entsprechenden Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel zu wenden.“

wird abgelehnt.

gez.

Michael Dreier  
Bürgermeister

gez.

Ulrich Brockmeier  
Schriftführer